

Zanella, mußte sich nach einem sechshundigen heftigen Kampfe ergeben. Er befindet sich in der Gefangenschaft der Fasisten.

Aus Triest, Pola und den übrigen italienischen Städten waren etwa 1000 Fasisten mit mehreren Panzerautomobilen und größeren Mengen Munition in Fiume eingetroffen. Die in der Stadt anwesenden italienischen Karabinieri traten offen auf die Seite der Fasisten. Es wird vertheidigt, daß die Fasisten im Gevernehmen mit d'Annunzio handeln.

Frankreich.

Die Rüstung des Riesen Goliath. Neben der winzigen deutschen Reichswehr nimmt sich die kolossale französische Armee wie weiland der kleine David neben dem Riesen Goliath aus. Sonderbar ist nur, daß der moderne französische Goliath seine Rüstung trotz des unebenbürtigen Gegners immer stärker machen möchte. In der Stämmer in Paris wurde erklärt, daß man Deutschland gegenüber 32 Divisionen mit den entsprechenden Reserven brauche, denn Deutschland könne durch Verstärkung der Reichswehr 21 Divisionen mobil machen und verfüge über 150 000 Mann Stammmarinen in der Schuttpolizei (!). Der Effektivstand bei 18monatiger Dienstzeit gebe die Möglichkeit, 32 Divisionen zusammenzustellen, vorausgesetzt, daß man über 100 000 Kapitulanten verfüge. Bei nur 70 000 Mann Kapitulanten und 205 000 Mann Kolonialtruppen, die im Entwurf vorgesehen seien, komme man bei 18monatiger Dienstzeit auf eine Gesamtstärke von 950 000 Mann, bei einjähriger Dienstzeit auf 535 000 Mann. Das scheint den Franzosen aber immer noch nicht genug zu sein.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Altersrat des Reichstages beschloß, die erste Hälfte der neuen Woche scheinungsfrei zu lassen, um den Ausländern Gelegenheit zu intensiver Arbeit zu geben.

Paris. Im Laufe des Monats März werden zwei weitere Transporte amerikanischer Soldaten der Rheinlandarmee eingebracht. Vom Monat April an wird das amerikanische Kontingent nur noch 2400 Offiziere und Mannschaften zählen.

Berlin. Der 23. Kirchlich-soziale Kongress findet vom 24. bis 26. April in Rostock statt.

Deutscher Reichstag.

(180. Sitzung.)

CB. Berlin. 4. März.

Heute wurden zuerst einige kleinere Vorlagen ohne weitere Auseinandersetzung den zuständigen Ausschüssen überwiesen und dann wurde in der zweiten Sitzung des

Haushalt des Wiederaufbauministeriums fortgesetzt. Staatssekretär Dr. Müller bezeichnete die Ergebnisse einer geplanten Auflösung des Wiederaufbauministeriums als grundlos. Der verwirrte Apparat des Wiederaufbauministeriums kann nicht ohne weiteres einem anderen Ministerium angegliedert werden. Der vom Ausschluß beschlossene Streichung von 78 Stellen habe das Ministerium nur mit schwerem Herzen zugestimmt. Das Ministerium bringe den durch den Friedensvertrag geschädigten Auslands- und Kolonial-Deutschen das größte Wohlwollen entgegen und bedauere nur, daß es nicht alle berechtigten Wünsche erfüllen könne. Der Abbau der Kolonialverwaltung wird nicht verzögert, obwohl wir unverzüglich

an der Hoffnung festhalten, wiederum Kolonien zu erhalten. Die Regierung bedauert, daß es nicht gelungen ist, mit Frankreich über den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete zu einem Einverständnis zu gelangen. Alle unsere Unternehmungen sind bei den französischen Bedürfnissen unbedacht geblieben. Unser Angebot zur Elektrifizierung von 20 000 Holzhäusern hat schließlich nur zur Annahme von 76 Probehäusern geführt. Auf unserer Seite war immer Bereitschaft über Bereitschaft, auf der französischen immer nur Ablehnung. Die französischen Sozialisten sind für die Beschäftigung deutscher Arbeiter am Wiederaufbau, das französische Unternehmertum ist dagegen. Die deutsche Regierung wird trotz allen Abweisungen fortwähren, Material, Sach- und Arbeitsleistungen zum Wiederaufbau zur Verfügung zu stellen.

Dr. Haas (Dem.) bemerkte, daß Wiederaufbauministerium bat für die Auslandsdeutschen zwar Verständnis und guten Willen, aber damit ist noch nichts getan. Die Stimmung der Auslandsdeutschen ist geradezu verzweifelt geworden. Man muß ihnen endlich antreden und vor allem schnell helfen. So wie bisher geht es nicht weiter. Die Entschließungen darf

Die Grafen von Freydeck.

84]

Roman von A. Ostland.

„Das wird schwer halten, sie zu sprechen, Mihl! Der Herr ist sehr frank, schon seit Jahren. Er soll die arme Frau arg quälen. Sie lebt vollkommen vereinsamt da hin, immer nur um ihn beschäftigt.“

Ein einziges Mal durfte sie Mihl Angela, die nicht ihre rechte Tochter ist, an der sie aber doch sehr hängt, auf einer Tournee begleiten.

Sie waren damals, vor ungefähr drei Jahren, in Europa. Aber die Mihl mußte dann allein dort bleiben. O, die Frau hat kein leichtes Leben!

„Also, wenn Sie nach der Villa wollen, Mihl, es ist das allerleicht Haus am Ende jener Allee! Sie müssen gut eine halbe Stunde gehen. Und das Weiter ist so häßlich! Wollen Sie nicht lieber den Regen hier abwarten? Es ist leider gerade kein Wagen da!“

Hilda Wentheim dankte mit ein paar Worten und trat hinaus in den Regen und die Dunkelheit. Einige Minuten später war ihre schlanke Gestalt zwischen den uralten Stämmen der Allee verschwunden. Sie hätte später niemals sagen können, wie sie den weiten und einsamen Weg eigentlich zurückgelegt hatte. Ihr Kleid war naß, denn der Regen strömte immer bestiger hernieder; sie mußte sich tapfer gegen den Sturm wehren, und ihre Füße in den feinen Schuhen versanken beinahe in dem feuchten Sande des Weges.

Dort und da schimmerte ein villenartiges Gebäude aus einem der langgestreckten Gärten. Aber es war immer noch nicht das letzte Haus — —

In Hilda Wentheim klang der Spruch der Freydecks: „Niemals zurück!“ Auch in ihren Adern rollte Freydecks Blut.

Und dieses trohige, wilde Blut bäumte sich auf und trieb sie vorwärts trotz ihrer geheimen Angst, trotz der Mutlosigkeit, welche sie jedesmal bestieß. Sie tat kein Unrecht.

Ein Kind hat ein Recht, zu der Mutter zu kommen, auch wenn diese Mutter längst einen anderen Namen trägt. Das Unrecht war auf Seiten dieser Mutter, welche nie einen Gedanken oder eine Tat der Fürsorge mehr hatte für ihre einzige Tochter.

„Sie, Hilda, wollte ja nichts von diesen reichen Baroninis. Kein Almosen; o Gott, nein! Nur Liebe und mütterliche Not, sonst nichts — —

mehr vorgenommen werden auf der Grundlage des Referentenentwurfs der Regierung. Die darin vorgeschlagene Abhängigkeitsweise verstößt gegen die Würde des Reiches. Den Bevölkerungsmenschen muß schnell und ausreichend geholfen werden.

Widige Besetzung des Ministerpostens gefordert.

Abg. Dr. Fleißner (Cent.) betonte vor allem, daß Ministerposten nur schamlos besetzt werden, sonst schwindet die Ansicht von der Überflüssigkeit dieses Ministeriums überhandne. Das Ministerium müßte heißen: Ministerium zur Durchführung der wirtschaftlichen Bestimmung des Friedensvertrages, dann würde seine Notwendigkeit in den weitesten Kreisen eingeschätzt werden. Ein besseres Zusammenarbeiten mit dem Reichsfinanzministerium ist notwendig, damit es nicht wieder passieren kann wie Polen gegenüber, daß die während des Krieges abtransportierten Maschinen vom Finanzministerium bezahlt und dann vom Wiederaufbauministerium noch zurückgegeben werden. Weiter trat der Redner für eine wirtschaftliche Unterstützung der aus Polen vertriebenen Guischescher und Anwendung.

Abg. Ernst (U.-Soz.) erklärte, daß Wiederaufbauministerium entspreche nicht den Anforderungen, die an eine solche Behörde gestellt werden müssen. Daran ist zum größten Teil die Bürokratie schuld. Werner machte sich Kräfte bemerkbar, die man als Sabotage bezeichneten müsse. Bei dem ungeliebten Entgegenkommen Frankreichs beim Wiederaufbau müsse man berücksichtigen, daß es die französischen Kapitalisten sind, die dem Wiederaufbau Hindernisse bereiten, weil sie dabei viel verdienen wollen. Gibt es nach den Arbeitsteilungen, so wäre man mit dem Wiederaufbau heute schon viel weiter.

Betriebene Auslandsdeutsche.

Abg. Dr. Deermann (Auer. Volksp.) bemerkte u. a., daß Entschädigungsversuchen für betriebene Auslandsdeutsche muß der jeweiligen Geldentwertung angepaßt werden, so daß es dem Geschädigten einerlei sei, ob er sein Geld in einem oder in drei Jahren erhält. In den Rücklingsländern herrschen unglaubliche Zustände. Frauen, Männer und Kinder hantieren wie in einem Viehdorf zusammen. Das Liquidationsgeschäft, wie es über den Referentenentwurf vorliegt, muß von Mittelstand aus das härteste treffen. Wenn den Auslandsdeutschen, deren Liquidationsberlös dem Deutschen Reich zugeflossen werden soll, der Schaden nicht ganz erstickt wird, so müssen sie sich mit dem von deutschen Baterlanden wenden, denn durch ihre Zugehörigkeit zum Deutschen Reich hätten sie schweren Schaden erlitten. In Zukunft würden viele Auslandsdeutsche ihre Nationalität wechseln.

Abg. Lauterpunkt (Deutschpart.) führte aus, daß mit dem Wiederaufbauministerium das Schicksal unserer Kolonien eng zusammenhängt. Die Frage des kolonialen Gedankens muß bei uns wohl erhalten werden. Die Zustände, erklärte der Redner, wie sie in unseren Schutzgebieten unter dem Mandatssystem herausgebildet haben, sind unbedeutliche. Die Aufführung unserer Kolonien war ein frecher Raub. Man hat den Raub damit moralisch zu rechtfertigen versucht, daß man und ein Berater auf kolonalem Gebiete vorwärts für die Unabhängigkeit dieser Behauptung gibt es unzählige Beweise. Auf verschiedene dieser Beweise ging alsdann der Redner ausführlich ein.

Abg. Fröhlich (Komm.) wandte sich gegen die Wiederaufbauschätzungen. Die Regierung sprach in dieser Frage nach Belieben. Das kommt daher, weil der Vertrag zugunsten der herrschenden Klasse, der Großindustrie, sei. Von der Rechten wurde dieser Ausführung lebhaft widergesprochen.

Die allgemeine Aussprache über den Haushalt des Wiederaufbauministeriums wurde hierauf geschlossen, und man trat in die Spezialabrede ein.

Zum Schluß entspann sich eine längere Geschäftsausordnungsdebatte über die Tagesordnung der nächsten Sitzung. Präsident Voigt schlug vor, die nächste Sitzung am nächsten Donnerstag abzuhalten und auf die Tagesordnung das Brannweinmonopolgesetz zu legen. Gegen diesen Vorschlag erhob die Rechte Widerwiders und zwar mit der Begründung, daß bis zum Donnerstag die Entscheidung über die neuen Steuervorlagen in dem Ausschluß noch nicht getroffen sein werde und daß man es daher vermeiden muß, am Donnerstag bereits mit der Beratung einer dieser Steuervorlagen zu beginnen. In diese Auseinandersetzungen griff auch der Reichsanziger, der sich zu diesem Zweck eingehend hatte, ein und erschien dringend darum, am Donnerstag schon mit der Beratung des Brannweinmonopols als einer der neuen Steuern zu beginnen.

Französische Justiz im Rheinland.

Die „Organisation Consul“.

§ Düsseldorf, 4. März.

Nach dreitägiger Verhandlung fägte gestern abend das französische Kriegsgericht das Urteil gegen die 21 jungen Leute, die angeklagt waren, der „Organisation Consul“ angehört zu haben. Die beiden Führer Böcklin und Möhl-

wurden zu drei und zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Von den übrigen Angeklagten erhielten zehn 1 Jahr Gefängnis, sieben 18 Monate Gefängnis; zwei wurden freigesprochen.

Die Anklage richtete sich ursprünglich gegen 29 Personen. Das Verfahren wurde aber im Verlaufe der Verhandlungen gegen verschiedene Personen eingestellt. Die Angeklagten, die den verschiedenen Berufen angehören, waren beschuldigt, eine geheime Verbündete gebildet zu haben, um bestimte Bevölkerungskreise zu bewohnen und einen Bürgerkrieg zu entfachen. Die Verhaftungen geschahen im Dezember u. z. im Zusammenhang mit Bassenhunden in einer Düsseldorfer Bahnmetzgerei. Die „Organisation Consul“ soll, wie es in der Anklageurkunde heißt, der Brigade Chirard angehören. Sie hatte Schweizerisch und erprobte die Aufrichtung einer Monarchie mit einem Volksstaat. Die Mitglieder waren zum unbedingten Gehorsam verpflichtet und unterstellt sich einer von den Angeklagten der Organisation selbst eingesetzten Gerichtsbarkeit.

Die Organisation sollte Kampf- und Feldübungen abhalten. Waffen besitzen und Zeite für die Selbstausbildungserfolgen in Oberholzern geworden und ausgerüstet haben. Die Angeklagten bestritten die gegen sie erhobenen Beschuldigungen, besonders was das Verdikt der Organisation zu den Bevölkerungskreisen angeht. Sie hätten keinen Kontakt mit diesen beabsichtigt, sondern seien lediglich entflohen gewesen, bei Unruhen und kommunistischen Putschversuchen sich der Behörde zur Verfügung zu stellen.

Die Bekämpfung der jungen Leute war einem französischen Reichsbeamten übertragen worden, der im wesentlichen auf die Jugend der Angeklagten als ein entlastendes Moment verwies.

Die zukünftige Wohnungswirtschaft.

Verlängerung der Vorschriften in veränderter Form. — Neuer Gelehrtenkodex. — Verpflichtung zur Wohnungsbabgabeklausur. — Maßnahmen gegen die Raumnot. — Gewerbliche Räume.

Befamlich verlieren die verschiedenen gesetzlichen Vorschriften, die die Regierung seinerzeit erlassen hat, um dem Wohnungsmangel wirksam entgegenzutreten, mit dem 31. März ihre gesetzliche Kraft. Bei der gegenwärtig noch unverändert großen Wohnungsnott hält es die Regierung noch nicht für gegeben, einen Abbau der Wohnungswangswirtschaft vorzunehmen. Wie verlautet, wird vielmehr der Reichsarbeitsministerium demnächst einen Gesetzentwurf einbringen, der die Verlängerung der Vorschriften auch über den 1. April 1922 hinaus herbeiführen soll. Den Erfahrungen der Paris entsprechend werden aber voraussichtlich auch eine Reihe von Veränderungen vorgenommen, die teilweise eine ziemliche

Beschärfung gegenüber dem früheren Zustand bedeuten. Während nach den bisherigen Bestimmungen die Frage nicht einwandfrei klar war, ob derjenige, der über eine unbewohnte Wohnung verfügt, verpflichtet ist, diese einem ihm vor der Gemeindebehörde zugewiesenen Wohnungssuchenden zu überlassen, legt der neue Entwurf diese Verpflichtung, die den wichtigsten Grundsatz der Wohnungswangswirtschaft bildet, ausdrücklich fest. Im Falle der Weigerung setzt das Mieteingangsamt einen Mietvertrag fest, nach dessen Abschluß der Wohnungssuchende im Wege polizeilichen Zwanges in der fraglichen Wohnung untergebracht werden kann. Dient die Wohnungswangswirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungswesens bisher lediglich der Bekämpfung der Wohnungsnott, so sieht die künftige Verordnung wirksame

Maßnahmen gegen die Raumnot im allgemeinen vor. Die Beschaffungnahme von gewerblichen und geschäftlichen Räumen ist augenscheinlich nur zulässig, soweit sie unmittelbar der Beschaffung von Wohnungen dient. Es hat sich die Notwendigkeit herausgestellt, daß diese einem ihm vor der Gemeindebehörde zugewiesenen Wohnungssuchenden zu überlassen, legt der neue Entwurf diese Verpflichtung, die den wichtigsten Grundsatz der Wohnungswangswirtschaft bildet, ausdrücklich fest. Im Falle der Weigerung setzt das Mieteingangsamt einen Mietvertrag fest, nach dessen Abschluß der Wohnungssuchende im Wege polizeilichen Zwanges in der fraglichen Wohnung untergebracht werden kann. Dient die Wohnungswangswirtschaft auf dem Gebiete des Wohnungswesens bisher lediglich der Bekämpfung der Wohnungsnott, so sieht die künftige Verordnung wirksame

Durchführung des Friedensvertrages beantragten Behörden, vor allem der Angehörigen der Entente-Kommissionen, dienen sollen. Da sich

angeblich vorneinige jetzt erjagten zurück. Zwei Minuten später hatte sie von dem Diener vernommen, daß das fremde Mädchen ihre Mutter zu sprechen wünsche, und ganz unbedenklich, in ihrer raschen, liebenswürdigen Art sagte sie:

„Natürlich können Sie warten, Fräulein! Bitte, hier —“ Sie ging voraus nach einem entfernten Zimmer — „es wird nicht sehr lange dauern; denn der arme Papa erhält eben ein Pulver. Mama meint, er wird dann einschlafen. Er hat ein sichtbares Kopfleiden — geradezu entzückend! Und sobald er munter wird, muß Mama bei ihm sein, denn ohne sie kann er nicht eine Minute sein!“

Sie sprach freundlich fort, ohne die junge Fremde, die so klein und schön aussah, nach ihrem Namen zu fragen. Bisher war die ganze Unterredung englisch geführt worden. Jetzt rief Angela einem herstellenden Stubenmädchen ein paar deutsche Worte zu.

Hilda Wentheim wandte sich bei den vertrauten Nängen rasch um.

„Ach, Deutsch,“ sagte sie wie sehnlichst; denn außer mit Otto Wentheim wußte sie in all diesen Jahren ihre Mutter sprache nicht gesprochen.

Angela hatte die Tür geschlossen, das Geschrei verstummte. Die Geigerin atmete tief auf, wie eröst.

„Ich spreche immer Deutsch, wenn ich jemand dazu finde,“ sagte sie, ihrem unbekannten Gast einen Seppel anweisend. „Meine Mutter war eine Deutsche, auch meine zweite Mutter stammt von dort. Ich selbst war viel darüber, und mir ist Deutschland eine liebe Heimat geworden. Ich wollte, ich könnte hinüber, jetzt gleich!“

„Ich auch!“ Es klang wie ein Echo von den Lippen des blonden Mädchens. Unwillkürlich folgten ihre Blicke jetzt denen ihrer Genossin, welche einen verträumten, sehnlichen Ausdruck angenommen hatten.

Im nächsten Moment vergaß Hilda, alle eingelernte Sitze, alle Zurückhaltung. Mit einem Läusekreis sprang sie empor und hatte gleich darauf eine große Photographicie von dem Schreibstil genommen, der an der einen Wand stand.

„Georg,“ sagte sie, so tief erschüttert, daß sie kaum die Silben formen konnte. Und dann noch einmal:

„Georg Günther!“ Das Bild zeigte zwei schöne, ernste Köpfe. Über den ersten glitten Hildas Augen hinweg, an dem zweiten blieben sie haften. Ja, das war Georg! Gereifter, männlicher Job er aus, ernst, weit über seine Jahre. In seinen Augen lag ein kleines Sehnen. Aber es waren nicht mehr die Augen eines Jünglings, sondern treue, tiefe Männeräugen.